

Saale-Beitung.

Zweilundvierzigster Jahrgang.

werden die Spaltenzahl oder deren Raum mit 30 Pfg. ...

Bergpreis

Ihr Halle vierteljährlich bei zweimonatlicher ...

Nr. 363.

Salle a. S., Mittwoch, den 5. August

1908.

Die „Große Fahrt“ des Grafen Zeppelin.

Wieder wenden sich die Augen der ganzen gebildeten Welt nach der Rheinseite ...

Als früh 7 Uhr in Konstanz der bekannte Ruf ertönte: „Zeppelin kommt!“ ...

Man wußte nicht, was auf den Straßen, als das Surren der Motoren die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich zog ...

Mainz, 4. August. Das „Mainz. Tagebl.“ meldet: Graf Zeppelin ist um 5 Uhr 15 Min. nachmittags bei Oppenheim niedergegangen ...

Wenn also diese Zeiten unseren Lesern vor die Augen kommen, ist der unerdrossene König der Lüfte schon wieder unterwegs mit seinen Gefährten ...

Über den Aufstieg und die Fahrt bis zur plötzlichen Landung liegen folgende ausführliche Mitteilungen vor:

Zu den Abendenstunden des Sonntags hatte sich, so berichtet ein Augenzeuge der denkwürdigen Ereignisse in Friedrichshafen dem „S. T.“ ...

Manch und mehr rücken die Boote an das Luftschiff heran. Dann erhebt sich das Schiff majestätisch ...

dann abermals in die Höhe, um dann mit flüchtigem Schwunge nach etwa sieben Kilometern die Richtung nach Konstanz einzuschlagen ...

Als früh 7 Uhr in Konstanz der bekannte Ruf ertönte: „Zeppelin kommt!“ ...

In Konstanz wurde von einem Herrn eine Schachtel aufgefunden, die ein Telegramm des Grafen an seinen kaufmännischen Leiter ...

Das Luftschiff flog pfeilschnell weiter den Rhein entlang. Ganz Hagel ...

Als halb nach 10 Uhr die Nachricht nach Straßburg kam, daß Graf Zeppelin Mühlhausen überflogen habe ...

Ein Augenzeuge berichtet: Um 12 Uhr 10 Min. erhebt die Münzerglocke den löcheligen Klang ...

Graf Zeppelin wurde um 2 Uhr in Mannheim erwartet. Die Mannheimer Bevölkerung war in großer Aufregung ...

Die im Rhein liegenden Schiffe liehen die Dampfkesseln peifen, in den industriellen Etablissements am Rhein erklangen die Fabrikssignale ...

Zwischen Straßburg und Mainz wurde das Fahrzeug, wie der „Tag“ ...

Wanderung. Droschken, Reiter, Autos, Radler, Fußgänger eiften hinaus. Es entfaltete ein richtiges Feldlager am Rheinufer ...

Wanderung. Droschken, Reiter, Autos, Radler, Fußgänger eiften hinaus. Es entfaltete ein richtiges Feldlager am Rheinufer ...

In Mainz wurde die Ankunft des Grafen Zeppelin gegen 5 Uhr erwartet. Die Stadt war freudig erregt ...

Die letzten Stationen der Fahrt.

(Von unserem Frankfurter Mitarbeiter.)

\* Frankfurt a. M., 4. August. (Privat-Telegramm.) Wie aus Darmstadt telephoniert wird, ist auch dort der Ballon kurze Zeit gesehen worden ...

Wie aus Darmstadt telephoniert wird, ist auch dort der Ballon kurze Zeit gesehen worden. Er schwebte gegen 4 1/2 Uhr gleichmäßig über der Rheinebene ...

Graf Zeppelin über die Bedeutung seiner Dauerfahrt.

Ein italienischer Journalist hatte in Friedrichshafen eine Unterredung mit Graf Zeppelin, die jetzt im „Corriere d'Italia“ unter dem Titel: „Leg. des Grafen über den Aeroplan“ veröffentlicht wird ...

Graf Zeppelin gab dann dem lebhaften Wünsche Ausdruck, daß die Mißverständnisse, die neuerdings in England hervorgerufen wurden, beseitigt würden ...

Telegramm des Kanzlers an den Reichsminister von Lucanus.

Der Reichskanzler richtete an den Reichsminister von Lucanus nachstehendes Telegramm:

Die Nachricht von dem Hinscheiden Ihres Herrn Vaters hat mich tief bewegt. Seine Majestät der Kaiser verliert in Ihrem Vater einen wahrhaften, 20 Jahre oft unter schwierigen Verhältnissen treu bewährten Diener, das Land einen Beamten von altprühlicher, vorbildlicher Pflichttreue, Arbeitskraft und Schlichtheit. Ich selbst werde in dankbarem Andenken bewahren, daß der Verehrte mich während meiner Amtstätigkeit stets mit Wohlwollen und einflussreichem Rat zur Seite gestanden hat.

Zentrum, Konservative und Reichsfinanzreform.

Die Unterhaltung über den Kampfreis, um den das Zentrum die Reichsfinanzreform mitmachen könnte, wird in den Blättern fortgekommen. Herr Dr. Julius Bahem meint im „Tag“ um anderen Male: ohne „restitutio in integrum“, ohne Auslieferung eines Pfahles im Pfählein, wäre die Sache nicht zu machen. Die „Kreuzzeitung“ hingegen ist der Ansicht, das Zentrum würde schon „um des Gewissens“ willen keine Mitwirkung an der Finanzreform nicht verweigern können. Ob die Zentrumsgewissen wirklich so hart organisiert sind? Jedenfalls — soviel wird deutlich — ist den konservativen Politikern ungemünzt viel daran gelegen, daß das Zentrum wieder aus Negation und Opposition herauskommt. Mit derselben sehr begrenzten Hochachtung für die gegenwärtige Lage, die schon aus ihrer notwendigen Bemerkung über die „gelegentliche parlamentarische Situation“ herausfließt, schreibt die „Kreuzzeitung“: „es könne für die Finanzreform und für das Reich doch nicht gleichgültig sein, ob die neuen Parteien mit der „kammerlähmenden Blödsinnigkeit“ oder mit allen Stimmen angenommen würden. Diese „kammerlähmende Blödsinnigkeit“ hat aber doch in dem letzten heftigen Tagungen einiges zutage gebracht, zu dem die maßvolle konservativ-liberalistische Kraft offenbar nicht befähigt ist. Im übrigen vertritt die „Kreuzzeitung“ wie wirklich schon Herr Eybinger: die Regierung denke nicht daran, die Steuerreform gegen oder ohne das Zentrum zu machen. Die Regierung verhandele wegen der Finanzreform mit den Zentrumsträgern ebenso wie mit den Führern der Volkspartei. „Die Regierung“ ist — wir haben es noch beim Fall Schilling erlebt — zuweilen ein etwas vielbelegter Begriff: „omnino ist, was einen Mann und eine Frau bedeuten kann“. Wir vermögen es uns jedenfalls bis auf weiteres nicht recht vorzustellen, wie beispielsweise der Herr Reichskanzler in der gegenwärtigen Situation mit den führenden Männern des Zentrums unterhandeln könnte.

Die Luft in Moabit.

Von der Verteilung des Fürsten Eulenburg wird der Bericht gemacht, eine Entlastung des Fürsten mit Rücksicht auf dessen Gesundheitszustand herbeizuführen. Die „Zeits. Wöchentl.“ hält es für nicht unannehmlich, daß in nicht zu ferner Zeit die Aufhebung der Unterdrückung der Fürstlichen Ämter erfolgt. Dieser Tage wurden ja bereits Berliner Blätter zu erzählen, der Fürst bedürfe dringend einer „Luftrückbildung“ und es werde der Plan erwogen, ihn zur Wiederherstellung seiner Gesundheit nach Liebenau zu beurlauben. Jetzt steht, daß derartige Absichten tatsächlich an den zuständigen Stellen erörtert worden sind. Vielleicht bringen schon die nächsten Tage die Kunde von ihrer Ausführung. ... Wenn dem des Meinendes jetzt schon überführten Fürsten dieser Luftwechsel gestattet wird, dann bleibt Pfalz Eulenburg zeitweilig in der gegenwärtigen Situation mit den führenden Männern des Zentrums unterhandeln könnte.

Der Ausfall der Reichseinnahmen.

Nicht weniger als 56 Millionen Mark beträgt, wie dem „B. T.“ berichtet wird, der Ausfall der Reichseinnahmen gegenüber der Etatsanschläge im ersten Vierteljahr des laufenden Etatsjahres. Dieses gewaltige Manko muß im so unangenehm bekannten, als erwartungsgemäß die Ausgaben in dem meisten Fällen der Etatsanschläge übersteigen. Allerdings mag bei der wirtschaftlichen Depression mit einem Rückgang der Reichseinnahmen gerechnet werden; aber daß die Etatsanschläge in dieser Weise Lügen gestraft würden, das ließ sich nicht voraussehen.

Die Neukabarter Rede des Hrn. Baffermann.

Am Ludwigskanal in der Dorse Hag, einem weingegneten Nachbarort Neukabarts, der Gegend der Pfalz, fand Sonntag nachmittags in Anwesenheit einer Reihe von Abgeordneten, der Vertreter staatlicher und kaiserlicher Behörden, und einer großen Anzahl Angehöriger der national-liberalen Partei der Pfalz und der Reichsliberalen eine Gedenkfeier zu Ehren Bismarcks anlässlich dessen 10. Todestages statt. Der Führer der national-liberalen Reichstagsfraktion, Herr Hrn. Baffermann, benutzte die Gelegenheit, um in einer größeren Rede den Standpunkt seiner Partei zu den schwebenden Tagesfragen zu präzisieren. Er führte nach dem Berichte der „National-Zeitung“ aus:

In der inneren Politik ließe heute die Frage der deutschen Finanzreform im Vordergrund; es sei eine schwierige Frage, die der deutsche sehr ungenügend sei. Die Lage sei heute besorglich, daß jeder deutsche Patriot zugeben müsse, daß es so nicht weitergehen könne. Inwieweit das patriotische und patriotische Gefühl sei, dem Reich neue Finanzquellen zu erschließen. Vier Milliarden betrage die Reichsschuld, aber wenn man annehme, daß das deutsche Volksermögen 500 Milliarden bereits im Jahre 1900 betragen habe, und daß die Zunahme 2 Prozent, also 4 Milliarden pro Jahr betrage, werde man zugeben, daß eine Schuld von vier Milliarden nicht so viel bedeute, wie dies behauptet werde. Auch werde die Behauptung aufgestellt, die heutige Finanzlage falle dem Volk zur Last. Nun, der Blick sei noch so jung, daß er so viel Schulden in dieser Zeit nicht habe machen können. (Beifall.) Die Schuld einer deutschen Finanzreform trage nach der Auffassung des Redners das Zentrum. Der Ursprung der Finanzreform sei die der Franzosen, die das Zentrum im Jahre 1879 Bismarck aufgegeben habe. Die Finanzreform im Jahre 1879 sei nur möglich gewesen, als Bismarck gleichzeitig die der Franzosen konsolidiert und damit die Auslieferung einer Menge von Reichseinnahmen an die Einzelstaaten er-

möglicht habe, die nicht durchweg parfam mit diesen Überweisungen umgegangen seien. Es wäre viel gescheiter gewesen, die Gelder zu behalten und an die Schuldenentlastung heranzugehen. Jedenfalls sei es patriotische Pflicht und nationale Aufgabe, neue Reichseinnahmen zu schaffen. Wo nun diese Steuerquellen zu finden seien, wird der Herbst ergeben. Daon könne wohl nicht die Rede sein, daß diese neuen Steuerquellen ausschließlich gefunden würden auf dem Boden der Konsumsteuer. Es würden eben hier Konsumsteuern zu bilden. Es würden eben hier müssen, wenn das große nationale Wert geübt solle. Von dieser Notwendigkeit ist heute das ganze deutsche Volk durchdrungen. Man ließe heute im Zeichen der Biopolitik, die Biopolitik sei notwendig gewesen. Das habe sich bei den Wahlen gezeigt. Sie sei notwendig gewesen gegenüber dem Zentrum und der mit ihm alliierten Sozialdemokratie. Wenn der Blick längt vergangen sein werde — keine politische Konstellation könne es sein — werde das Zusammenwirken der Konservativen und der Liberalen immer eine gute Basis deutscher Politik darstellen.

„Das konservative Regime lassen wir nicht erschüttern...“

Aus München, 4. August, wird uns gemeldet: In der Kammer der Abgeordneten begründete Abg. Goldschmidt die Interpellation der Liberalen wegen des Vorgehens des Kultusministers gegen den Professor Dr. Güttler anlässlich dessen Vorträge über den Vorstand des Georgianums, Professor Schmidt, in einem Artikel der „Münchener Neuesten Nachrichten“. Die Interpellanten fragen an, ob es der Staatsregierung bekannt sei, daß die der Kultusminister durch sein Vorgehen in die verfassungsmäßig gewährten Rechte der freien Meinungsäußerung eingegriffen. Kultusminister Dr. W. Schuler erklärte im Namen des Gesamtministeriums von seinen Entschuldigungen im Falle Güttler hätten die übrigen Ministerien zuvor Kenntnis erhalten, weil es mit der Verfassung nicht vereinbar wäre, das Gesamtministerium über das Reformministerium zu stellen. Ueber die Frage der freien Meinungsäußerung habe sich das Gesamtministerium am 30. Juni im Landtag geäußert. Der Fall Güttler sei in der Öffentlichkeit nur durch einen Bruch des Amtsgeheimnisses bekannt geworden. Ein Disziplinarverfahren habe nicht in Frage gestanden, es sei ein Streit zwischen Professoren an der gleichen Hochschule; der Friede innerhalb des Lehrkörpers müsse im Interesse des Geistes der Universität erhalten werden. Von einer Einschränkung des Rechts der freien Meinungsäußerung sei keine Rede. In der Beantwortung der Interpellation erklärte der Abgeordnete von Daller (Zentrum), das Zentrum erkenne das Recht der Interpellation gegenüber den Regierungshandlungen an, allein unzulässig sei es, wenn die Interpellation die übrigen Minister als Richter über den Kultusminister anzuheben. In dem Vorgehen des Kultusministers gegen Professor Güttler liege kein Verstoß gegen die Rechte der freien Meinungsäußerung. Abg. Müller (München, Soz.) erklärte die Ausführungen des Ministers für einen schändlichen Verstoß gegen die Rechte der freien Meinungsäußerung. Der Fall Güttler sei nur ein Beweis für den bürokratischen Geist im Kultusministerium. Abg. Schäfer (Zentrum) führt aus, der Minister war berechtigt, um den Frieden im Lehrkörper zu bewahren, und nach den Erfahrungen einer anderen Universität, einzugreifen. Oesterreichische Verhältnisse lassen wir bei uns nicht einreichen und das konservative Regime in Bayern lassen wir nicht erschüttern. Abg. Goldschmidt polemisiert gegen die Vorredner. Abg. Hein hält den Minister gleichfalls für berechtigt zu seinem Vorgehen. Darauf wird die Sitzung geschlossen.

Die „Begegnung“.

Aus Graz meldet man dem „A. T.“: Die hiesige „Lanespoll“ meldet aus angeblich authentischer Stelle, daß anlässlich des für Herbst bevorstehenden Besuches des Herzogs von Cumberland in München eine Begegnung des Herzogs mit dem Deutschen Kaiser stattfinden werde, von welcher, entgegen allen Denkermeinungen, eine Sitzung der braunschweigischen Truppe bestimmt zu erwarten sei.

Diese „Begegnung“ taucht seit zehn Jahren regelmäßig jeden Sommer in den Tagen der heißen Woche auf. Kein Mensch glaubt sie — mit Ausnahme der wenigen Leute, die die Doppelangelegenheit für viele Nachrich ausgehen. Aber auch die find ihrer Sache so wenig sicher, daß sie den Schowpfall der möglichen Entzweie jedes Jahr nach einer anderen Abszess verlangen.

Allgemeine Mitteilungen.

Der „Böhmener Generall.“ brachte bei der letzten Reichstagswahl ein Interlat, in dem es hieß: „Morgen kann nur Dito Sue (Sozialdemokrat) gewählt werden.“ Einer der Mitinhaber des Blattes wurde deswegen von dem Bezirkskommando aufgefodert, seinen Abschied als Reservist abzugeben. Erst nach langen Verhandlungen wurde diese Auforderung wieder zurückgezogen. — Raum glaublich.

Bier und Flatts.

— Kaiserliche Marine. S. M. Jacht Hohenzollern. S. M. S. Stettin und Steiner und S. M. Lpdt. S. 78 sind am 3. August in Stockholm eingetroffen. S. M. S. Floten II am 3. August in Drontheim eingetroffen und kehrt am 8. August nach Wilhelmshaven zurück. S. M. S. Nord ist am 3. August in Coruña (Spanien) eingetroffen und hat am 4. August die Heimreise fortgesetzt. S. M. S. Lorelei ist am 4. August von Odesa nach Gales abgegangen. S. M. S. Kurfürst Friedrich Wilhelm, Prinz Waldbert, Regir und Freifloß sind am 3. August von Kiel in See gegangen. S. M. S. Rups II am 3. August von Kiel nach Sonderburg gegangen. Die 2. Minenjuditschiff II am 3. August in Wilhelmshaven eingetroffen. Der Wollungsstransport ist S. M. S. Lorelei und die Postschiffswache in Konstantinopel hat am 3. August früh von Wilhelmshaven die Ausreise über Land nach Gales gemacht. S. M. S. Postschiff ist S. M. S. Oberleutnant Steiner und Steiner vom 1. Lpdt. S. 75 bis 3. August. Kaiserliche Hofkapell Berlin, dann Salmünde, für die 2. Minenjuditschiff bis 15. August Wilhelmshaven.

Ausland.

Das deutsche Kaiserpaar in Stockholm. Aus Stockholm wird telegraphiert: Das Kaiserpaar empfing gestern vormittag 10 Uhr im kaiserlichen Schloß den Deutschen Hilfsverein, die Deutsche Gesellschaft, den Reichsverband der deutschen St. Gertrud-Gemeinde und

die hier anwesenden Mitglieder des Deutschen Rotenkreuzes. Die Kaiserin empfing darauf die allerhöchstdenkwürdigen attingierte Gräfin Guldenstolpe, die Gräfin v. v. Rosen sowie Frau Reutersard geborene v. Ungern-Sternberg. Am 10. Uhr besuchten der Kaiser und der König die Akademie der königlichen Leibgarde zu Pferde und die Artillerieoffiziere. Die Kaiserin und die Königin stattenen gleichzeitig einen Besuch in Södermannskirken ab und darauf im Schloss dem Generalleutnant Barbra den Kronenorden erster Klasse und verkehrte dem Oberpostinspektoren Marcarona und dem schwedischen Gesandten in Berlin, Grafen Taube, allerhöchste seine Wünsche.

Die neue türkische Verfassung.

Der „Königlich.“ wird aus Konstantinopel telegraphiert: Seit der Verkündigung der Verfassung ist heute fast mehr als 300 Konstitutionsgesetze für Fabriken und sieben europäische Gesellschaften, darunter auch deutsche, und eine amerikanische persanische Konzession für die Anlage der Telephonlinie in Konstantinopel und Ammanen. Eine Wiener Gesellschaft unterbreitet einen Vorschlag für den Omnibusbetrieb nach dem Muster der Urbaine in Paris.

30. Deutscher Haus- und Grundbesitzertag.

(Nachdr. verb.) S. u. H. Königsberg i. Pr., 4. Aug. (Telegraph. Bericht.)

Unter Beteiligung von Delegierten der süddeutschen Haus- und Grundbesitzer-Vereine aus allen Teilen des Reiches trat heute im Festsaal des „Alten Schützenhauses“ hierbier die Erste allgemeine Versammlung des 30. Verbandstages des Zentralverbandes der süddeutschen Haus- und Grundbesitzer-Vereine Deutschlands zusammen. Den Vorsitz führte wieder der Berliner Stadtverordnete Verbandsdirektor Fährdrick. Er brachte ein Hoch auf den Kaiser aus, an den dann ein Telegramm abgeleitet wurde, in dem der Zentralverband der süddeutschen Haus- und Grundbesitzer-Vereine Deutschlands seine Abhängigkeit an Kaiser und Reich verneinte. Der Vorträge Stadtdirektor Fährdrick äußerte sich lobend eingehend über die gegenwärtige Lage des Haus- und Grundbesitzes in Deutschland. Es sei sehr erfreulich, daß endlich

ein gemeinnütziges Pfandbriefinstitut geschaffen worden sei, nämlich das der Provinz Brandenburg, und es sei nur zu hoffen, daß diesem Institut bald andere nachfolgen. Das sei der einzige Richtpunkt, denn auch die Großbanken hätten versagt, weil sie im Auslande engagiert waren und dem deutschen Hausbesitz deshalb nicht zu Hilfe gekommen seien. Auf dem 11. August in der Stadthalle sei festgestellt worden, daß die deutschen Städte bereits

ein Schuldenlast von 4 Milliarden hätten, und wenn es so weiterginge wie bisher mit den sogenannten sozialpolitischen Einrichtungen, so würden wir bald auf 7 Milliarden lässlichen Schulden kommen. Deshalb bedürfte es der größten Sparmaßregel auf allen Gebieten, insbesondere über auf dem der betriebenen sozialpolitischen Einrichtungen. Ferner erörterte Redner nach

der Wertungshaussteuer und gab dabei seiner Freude Ausdruck, daß eine ganze Anzahl von Städten diese Steuer abgelehnt habe. Stadtdirektor Fährdrick schloß mit der Zitierung des Wortes des Preussischen Finanzministers Freiherrn v. Rheinbaben: Eine langsamere wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland als bisher wird den staatlichen und lässlichen Behörden zeigen, daß Maßnahmen das oberste Gebot der richtig verstandenen Wirtschaftspolitik ist. (Lebh. Beifall.) Was im übrigen die Hausbesitzer anlangt, so seien sie organisiert, nicht um Sonderinteressen zu verfolgen, sondern um gleiches Recht für alle herbeizuführen. (Stürmischer Beifall.)

Hierauf trat der Verbandstag in die Tagesordnung ein. Am ersten Stelle gab der Generalsekretär des Zentralverbandes Dr. V. B. B. (Berlin) eine Kritik der Bodenreform. Unter Bezugnahme auf die Bodenreformleste Damalschitz führte der Redner aus, wie die Grundbesitzer der Bodenreform sei, durch Vergegenständlichung der Grundrente die soziale Frage zu lösen. In des trüben die Voraussetzungen nicht zu, auf denen diese Grundbesitzer der Bodenreform beruhe. Der Redner kommt zu folgenden Schlußsätzen: Entweder wird die Grundbesitzer der Bodenreform konsequent durchgeführt; dann führt die Bodenreform mit Notwendigkeit zum sozialistischen Zukunftsstaat. Aber man verbindet mit der Bodenreform nur den Zweck, einseitig den Grundbesitz zu beteuern; dann besteht sie nur noch in einer steuerpolitischen Maßregel, die sich mit dem obersten Grundgedanken der Volkserziehung, daß die öffentlichen Kassen gerecht und gleichmäßig verteilt werden sollen, nicht vereinigen läßt. In beiden Fällen ist also die Bodenreform von den Hausbesitzern abzulehnen, die ja das Privatigentum am Boden, die höchste Grundlage des Staats, erhalten, festigen und wehren wollen. Mit dieser Ablehnung der Bodenreform vertritt der Hausbesitzer jedoch keineswegs ein jede Volkswirtschaft und auf praktische Mitarbeit bei der Beförderung der Wohnungsverhältnisse, wie des vom Zentralverband der deutschen Grundbesitzervereine aufgestellte und in Durchführung begriffene soziale Programm der Hausbesitzer sei.

Danach hielt Rechtsanwält Dr. A. Strauß (München) einen Vortrag über: „Das Pfandrecht des Vermieters in zivil- und strafrechtlicher Beziehung.“ Redner führte aus, daß möglicherweise als auch zivilrechtlich der gelehrgereiche Gebante, der im § 559 BGB. zum Ausdruck komme, dieselbe zum Schaden des Vermieters, der durch das Pfandrecht geschützt werden solle, ungenutzbar und vererbt werde. Seitens der Abhängigkeitsrechte, z. B. werde zu Ungunsten des Vermieters und des Eigentümers der Eigentumsverhältnisse geltend gemacht. Und selbst die in dem Mietvertrag aufgenommenen Klausel, worin der Mieter sein Eigentum an den eingebrachten Sachen beständige, könne dem Vermieter vor Schaden nicht bewahren. Gegen diese offensibaren Mängel müsse Abhilfe geschaffen werden, und zu diesem Zweck sei schon nach englischen Methode eine Sicherheitsübereignung in Anregung gebracht worden, die sehr wohl durchführbar erscheine. Der Redner schloß mit der Anregung, die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen dahin abzuändern, daß die Abhängigkeitsrechte genutzbar werden sollten, dem Vermieter innerhalb einer Woche nach Einzug eines Mieters die Bestätigung, die er von ihnen in Benutzung hat, anzugeben, und ihm von ihrem Eigentumsverhältnis Kenntnis zu geben, und ferner mit der Anregung, die Bestätigungspflicht nach englischem Muster zur Einführung zu bringen. (Lebh. Beifall.)







